

Sicherheit

Riskante Schwachstellen

GSG 9 zweifelt an hinreichendem Schutz von Botschaftsfahrzeugen.

An gepanzerten Fahrzeugen deutscher Botschaften und anderer Behörden in Krisenländern gibt es möglicherweise gefährliche Schwachstellen. Diesem Verdacht geht die Sondereinheit GSG 9 der Bundespolizei nach und fordert in einem Schreiben an das für die Beschaffung der Fahrzeuge zuständige Bundesinnenministerium Untersuchun-



Gepanzertes Land Cruiser

gen. Betroffen ist das Modell Trojan, ein von einer Brandenburger Firma umgebauter, fast fünf Tonnen schwerer Toyota Land Cruiser. „Vergleiche mit anderen Fahrzeugen gleichen Typs ließen Zweifel in Bezug auf den ballistischen Schutz und den Schutz gegen Anspaltungen aufkommen“, heißt es in dem Brief der GSG 9 vom Frühjahr. Die Beamten vermuten im Fall von zwei Fahrzeugen der deutschen Botschaft in Li-

byen, dass die von der Brandenburger Firma ausgelieferten Land Cruiser etwa bei „Überlappungen in den Türbereichen“ weniger stark geschützt sind als jene Modelle, die für die Zertifizierung beschossen und mit der Zündung eines Sprengsatzes erprobt worden waren. Die gepanzerten Geländewagen der Firma sollen etwa im Jemen, in Israel oder Libyen deutsches Botschaftspersonal, Polizeiausbilder und andere Sondereinheiten schützen. Die deutschen Behörden wollen die beiden Fahrzeuge zur Überprüfung nach Deutschland holen. Auch die EU hat mehr als 100 Trojan im Einsatz, etwa in Georgien. Der Brandenburger Hersteller versichert, seine Fahrzeuge verfügten über die erforderlichen Zertifizierungen. Als prominenten Berater beschäftigt der Betrieb den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat. mgb, gt

Aus rechtlichen Gründen wurde dieser Artikel nachträglich bearbeitet.

Gesundheit

Volle Kostenübernahme

Die SPD-Bundestagsfraktion will die gesetzlichen Krankenkassen dazu verpflichten, die Kosten für eine künstliche Befruchtung wieder voll zu übernehmen. „Es handelt sich um ein medizinisches Problem, wenn Paare keine Kinder bekommen können. Daher gibt es keinen Grund, den Versicherten diese Leistung vorzuenthalten“, sagt SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. Die Neuregelung solle nicht nur für Verheiratete gelten, sondern auch für Paare ohne Trauschein. Die jährlichen Kosten beziffert Lauterbach auf einen zweistelligen Millionenbetrag. Mit dem Vorstoß gehen die SPD-Gesundheitspolitiker über Pläne ihrer Parteikollegin Manuela Schwesig hinaus. Die Familienministerin will, dass auch Paare ohne Trauschein staatliche Zuschüsse beantragen können. Einen Teil der Kosten müssten die Betroffenen aber weiter selbst tragen. Seit 2004 übernehmen die gesetzlichen Kassen nur noch die Hälfte der Ausgaben bei künstlichen Befruchtungen. cos

Kittihawk



NPD-Verbot

„Klima der Angst“

Der Bundesrat will dem Bundesverfassungsgericht bis zum Herbst weiteres Material zur Untermauerung seines Antrags auf ein NPD-Verbot liefern. Dabei geht es zum einen darum, dass die Partei bei Protesten gegen Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte eine „Scharnier- und Bündlungsfunktion“ für andere rechtsextremistische Gruppen erfülle, so der Berliner Staatsrechtler Christian Waldhoff, der den Bundesrat in dem Verfahren vertritt. Zum anderen wolle man belegen, dass die NPD in bestimmten Gebieten ein „Klima der Angst“ erzeuge; dazu würden derzeit betroffene Bürgermeister und zivilgesellschaftliche Gruppen befragt. hip, wow

FOTO: MICHAEL KAPPELLER / PICTURE ALLIANCE / DPA; KARIKATUR: KITTYHAWK / DER SPIEGEL